



Beschluss 16.05.2022

Jetzt für morgen: klarer Kompass in herausfordernden Zeiten

GRÜNE und CDU arbeiten vertrauensvoll und verlässlich für unser Land. Wir übernehmen gemeinsam Verantwortung für Baden-Württemberg, damit unsere Heimat stark und lebenswert bleibt.

Auf Basis unseres Erneuerungsvertrag „Jetzt für morgen“ gehen wir die großen Aufgaben an, die unsere Zeit prägen und über eine gute Zukunft entscheiden: den Schutz des Klimas und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen; den Erhalt von Wohlstand und Arbeitsplätzen in einer Zeit der Veränderung durch Innovation und Erneuerung; und die Festigung des sozialen Zusammenhalts und der Sicherheit in Baden-Württemberg in einer Situation, die durch Zweifel und durch die Suche nach Orientierung gekennzeichnet ist. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam mit den Kommunen und unserer Wirtschaft haben wir uns auf den Weg gemacht, Klimaschutz, Innovation und Zusammenhalt auf eine neue Grundlage zu stellen. An dieser Zielsetzung halten wir auch in den aktuellen, herausfordernden Zeiten fest.

Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein historischer Einschnitt mit weitreichenden Folgen. Wir, die Fraktionen GRÜNE und CDU, verurteilen diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg.

Wir stehen ohne Wenn und Aber an der Seite der Ukraine. Die Kriegsverbrechen, die Putin und die Angehörigen des russischen Militärs begangen haben, müssen durch die Weltgemeinschaft aufgeklärt und scharf sanktioniert werden. In Richtung der Bundesregierung unterstreichen wir, dass nicht nur harte wirtschaftliche Sanktionen,

sondern auch direkte Lieferungen schwerer Waffen notwendig sind. Baden-Württemberg ist als wirtschaftlich starkes, exportorientiertes, global vernetztes Industrieland von diesem Krieg und dessen Folgen, wie etwa den Sanktionen, massiv betroffen. Das bedeutet auch, dass wir uns auf Wohlstandsverluste für jeden Einzelnen einstellen müssen. Angesichts des Leids der Menschen in der Ukraine und im Angesicht der dort durch Russlands Truppen begangenen Kriegsverbrechen ist das jedoch ein kleiner Preis.

Neben der Unterstützung für Menschen in der Ukraine und Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet steht für uns eine Abfederung der Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg auf der Tagesordnung.

Baden-Württemberg hat bis heute rund 100.000 Menschen aufgenommen, die aus der Ukraine geflüchtet sind. Es ist für uns ein Gebot der Menschlichkeit, Ukrainerinnen und Ukrainer – ebenso wie Menschen aus Russland und Belarus, die ins Exil gehen – bei uns aufzunehmen. Dies gelingt nur aufgrund des engagierten Einsatzes der Kommunen, der Blaulichtorganisationen und Hilfseinrichtungen und nicht zuletzt vieler tausend Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Ihnen gilt unser Dank!

Wir werden dieses vielfältige und außerordentliche Engagement angesichts der großen Kraftanstrengungen, die vor uns liegen, noch lange Zeit brauchen.

Wir haben rasch gehandelt mit der Lenkungsgruppe Ukraine, dem Krisenstab „Flüchtende aus der Ukraine“ und mit der finanziellen Unterstützung der Kreise, Städte und Kommunen zur Bewältigung der Aufnahme von Geflüchteten. Besonders die Kommunen leisten in dieser Situation einmal mehr Außergewöhnliches.

Damit dies in unseren Kommunen weiterhin gut gelingt und die Akzeptanz und Hilfsbereitschaft weiter hoch bleibt, ergreifen wir folgende konkrete Maßnahmen:

- Unterstützung in der Fläche durch Integrationsmanager.
- Finanzierung der Unterkunft für privat aufgenommene Menschen.

- Gezielte Unterstützung bei der Schaffung von Wohnraum, auch durch eine Sonderlinie Wohnraum für Geflüchtete.
- Ausbau von Bildung und Betreuung für Kinder aus der Ukraine.
- Schutz der ankommenden Frauen und Kinder vor geschlechtsspezifischer Gewalt und sexueller Ausbeutung.
- Sicherstellung von geordneten Verfahren rund um Registrierung und Aufnahmeverfahren.

Gleichzeitig unterstützen wir unsere Bürgerinnen und Bürger genauso wie unser Handwerk, unseren Mittelstand und unsere Industrie in diesen schwierigen Zeiten. Dazu ergreifen wir folgende Maßnahmen:

- Umsetzung des 9-Euro-Tickets in Baden-Württemberg.
- Baden-Württemberg als Gründungs-Land: Evaluierung und Neuaufstellung der Start-up-Förderung.
- Stärkung von Forschung und Entwicklung, u.a. durch das Konzept Innovationscampus und durch den Innovationspark KI.
- Weitere Unterstützung des Handwerks bei Digitalisierung, Personalentwicklung und Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energiewende.
- Weiterbildungsoffensive und Erleichterungen für Fachkräfte aus dem Ausland.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie stark wir immer noch von Rohstoffen – insbesondere Energierohstoffen – aus Krisengebieten und Autokratien abhängig sind. Aus sicherheitspolitischen genauso wie aus klimaschutzpolitischen Erwägungen heraus ist es unser gemeinsames Ziel, diese Abhängigkeit so schnell wie möglich zu beenden. Das heißt, uns auf unsere eigene Stärke zu besinnen, Rohstofflieferwege zu diversifizieren und beim Ausbau der Erneuerbaren Energien das Tempo noch einmal zu erhöhen sowie ganzheitlich unsere Genehmigungs- und Planungsverfahren zu beschleunigen.

Dazu werden wir

- das Klimaschutzgesetz novellieren (KSG II) und sektorale Klimaschutzziele umsetzen,

- den Ausbau erneuerbarer Energien in Baden-Württemberg sowie ganzheitlich unsere Genehmigungs- und Planungsverfahren deutlich beschleunigen,
- Baden-Württemberg zum Wasserstoff-Land machen,
- im Rahmen des Strategiedialogs zur Zukunft der Landwirtschaft das Thema Ernährungssicherheit aufrufen.

Neben der Preisentwicklung und der Energiesicherheit kommt der Verteidigung unserer demokratischen Ordnung in dieser Krise noch einmal eine ganz besondere Bedeutung zu. Wie wir Baden-Württemberg krisenfest machen können, ist Thema der von uns eingesetzten Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, die inzwischen ihre Arbeit aufgenommen hat. Deren Arbeit werden wir u.a. durch ein Bürgerforum begleiten.

Gute Bildung ist eine wichtige Grundlage für die Herausforderungen der Welt von morgen und für eine auf künftige Krisen gut vorbereitete Gesellschaft. Deswegen stehen wir für eine engagierte Bildungspolitik, die Digital- und Medienkompetenz, demokratische Werte, Nachhaltigkeit und Zusammenhalt vermittelt und setzen darauf weiterhin einen Schwerpunkt.

Damit Baden-Württemberg ein sicheres und gut auf Krisen vorbereitetes Land bleibt, werden wir zudem:

- einen noch stärkeren Fokus auf den Bevölkerungsschutz legen und dazu auch die rechtlichen Grundlagen modernisieren,
- die Cybersicherheit systematisch ausbauen,
- die enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Frankreich und der Schweiz vorantreiben und die auf europäischer bzw. internationaler Ebene bestehenden Partnerschaften wie die Donaunraumstrategie stärken und ausbauen.

Uns ist bewusst, dass die Auswirkungen dieses Krieges auch auf den baden-württembergischen Landeshaushalt erheblich sein werden. Umso mehr gilt es, sparsam zu agieren und etwa Förderprogramme oder Haushaltsaufwüchse auf den

Prüfstand zu stellen. Trotz all der einschneidenden Ereignisse der letzten Wochen und Monate bleibt für uns klar: Wir werden weiter nachhaltig haushalten, die Schuldenbremse im Blick haben und so die finanzielle Handlungsfähigkeit für kommende Generationen erhalten. Das verstehen wir unter einer enkelgerechten Politik.